

Pressemitteilung

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Berlin-Brandenburg

Abteilung Presse

Frauen haben bei gleicher Arbeit weniger in der Tasche als Männer: 20 März 2009 – „Equal Pay Day“

PM 23/09
20.03.09

Bis zum 20. März eines jeden Jahres arbeiten Frauen in den meisten Berufen „umsonst“. Denn die durchschnittliche Lohnlücke zu den männlichen Einkommen beträgt 22 Prozent. Um auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen, haben u. a. der Verband der Unternehmerinnen, die BDA sowie der DGB den „Tag für gleiche Bezahlung“ am 20. März ausgerufen: Equal Pay Day. Die Lohndiskriminierung schaffe Arbeitnehmerinnen zweiter Klasse, das sei einer aufgeklärten und fortschrittlichen Gesellschaft wie unserer unwürdig. Die Unternehmen könnten nicht die „**Soft skills**“ wie Kommunikations- und Teamfähigkeit sowie Sprachkenntnisse o. ä. loben, um dann Frauen schlechter zu bezahlen, so Doro Zinke, stellv. Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg.

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medienneu\2009\equal-pay-bbr.doc

E-Mail:
Dieter.Pienkny@dgb.de

Internet:
www.Berlin-Brandenburg.DGB.de

Die Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben besitze zahlreiche Facetten: So arbeiteten Frauen häufiger in Branchen, in denen das Entgeltniveau niedriger sei; Frauen seien seltener in gut bezahlten Führungspositionen vertreten und würden häufig nicht nach Tarif bezahlt; auch beim Weihnachtsgeld zögen sie den Kürzeren. Das alles wirke sich negativ auf Gehaltsentwicklungen aus. Darüber hinaus beeinflussten bestehende Rollenbilder die Aufgabenverteilung in den Familien und das Berufswahlverhalten. Und schließlich seien staatliche Rahmenbedingungen wie die flächendeckende Einführung von Mini- und Midijobs nicht unerheblich für die Entgeltunterschiede mitverantwortlich.

Allein zwischen den Jahren 2000 und 2007 stieg die geringfügige Beschäftigung in Brandenburg um mehr als 33 % an: Für 36,8% der erwerbstätigen Frauen in Brandenburg liege das **Nettoeinkommen unter 900 €** und 41,7% der Frauen gäben an, dass sie von ihrem Einkommen zwar ihren Lebensunterhalt bestreiten, aber nichts sparen könnten. In Berlin müssten mehr als 300.000 erwerbstätige Frauen von weniger als 1100 Euro im Monat existieren.

Für den DGB stünden deshalb die Forderungen nach „Guter Arbeit“ und einem gesetzlichen Mindestlohn als erste konkrete Schritte im Vordergrund, so die DGB-Vize.



Verantwortlicher
Redakteur:
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111
Telefax 030 - 21240-114